Gesetzentwurf

der Bundesregierung

Entwurf eines Gesetzes zur Erreichung der vollständigen Stromerzeugung aus erneuerbaren Energien zum Jahr 2040, zum Ausbau der solaren Strahlungs- sowie der Windenergie (Energiewende-2040-Gesetz – EWG 2040)

A. Problem und Ziel

Mit dem Ende letzten Jahres beschlossenen Kohleverstromungsbeendigungsgesetz mit einem Kohleausstieg zum Ende des Jahres 2038 sollte der Kompromiss der sogenannten Kohlekommission umgesetzt werden. Dieses Ausstiegsdatum, vor allem auch die Ausgestaltung des Ausstiegsfahrplans, ist jedoch nachweislich weder mit den zu erreichenden Klimazielen noch mit dem Kohlekompromiss zu vereinbaren.

Strom aus erneuerbaren Energien leistet hierbei hingegen einen wesentlichen Beitrag zu Erreichung der Klimaziele Deutschlands. Auf dem Weg zur Treibhausgasneutralität im Jahr 2050 und zum Kohleausstieg 2034 muss deshalb der Ausbau der erneuerbaren Energien – auch zur Sicherstellung der Versorgungssicherheit – konsequent weiter vorangetrieben werden. In Deutschland ist das Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) seit mehr als 20 Jahren eine zentrale Grundlage für den Ausbau der erneuerbaren Energien im Stromsektor. Bereits heute deckt Strom aus erneuerbaren Energien an vielen Tagen mehr als die Hälfte des gesamten deutschen Stromverbrauchs. Schließlich muss mit steigenden Ausbaumengen auch die Akzeptanz für den weiteren Ausbau der erneuerbaren Energien in Deutschland gestärkt werden, insbesondere für den Ausbau der Windenergie an Land.

Vor dem Hintergrund dieser Herausforderungen sollen das EEG fortgeschrieben, das Baugesetzbuch sowie das Kohleverstromungsbeendigungsgesetz geändert werden. Ziel ist eine bis spätestens 2040 vollständig erfolgte Energiewende im Zusammenhang mit einem bis Ende 2034 vollzogenen Kohleausstieg.

B. Lösung

1. Änderung des Erneuerbare-Energien-Gesetzes

Es gibt drei große Änderungen am EEG. Zum einen wird eine Verpflichtung zum Vorhalten einer Anlage zur Stromerzeugung aus solarer Strahlungsenergie für Neubauten eingeführt. Strom aus diesen Pflichtanlagen wird von der EEG-Umlage befreit. Des Weiteren werden neue Ausbauziele, deren Erreichung durch einen abgeänderten Ausbaupfad sowie einen neu eingeführten Strommengenpfad sichergestellt werden, festgelegt. Schließlich wird durch Deckelung der EEG-Umlage die Kostenentwicklung weiter gedämpft.

Hinzu kommen kleinere Änderungen und Fortschreibungen, welche im besonderen Teil der Begründung ebenso erläutert werden.

2. Änderung des Baugesetzbuches

Durch Änderung des Baugesetzbuches wird festgesetzt, dass bei der Aufstellung von Bauleitplänen die Stellung der baulichen Anlagen so angeordnet wird, dass EE-Anlagen optimal genutzt werden können. Gleichzeitig wird die Länderöffnungsklausel zur Festlegung von Mindestabständen von Windkraftanlagen zu Wohngebäuden aufgehoben.

3. Änderung des Kohleverstromungsbeendigungsgesetz

Der geplante Kohleausstieg soll vorgezogen, schrittweise angepasst und letztendlich bereits im Jahre 2034 vollzogen werden.

C. Alternativen

Keine. Das Gesetz ist erforderlich, um die Klimaschutzziele zu erreichen, die Energiewende wirkungsvoll fortzuführen sowie die Akzeptanz für diese zu erhöhen, den Kohleausstieg gemäß Kohlekompromiss zu vollziehen und die Systemintegration der erneuerbaren Energien zu verbessern.

D. Haushaltsausgaben ohne Erfüllungsaufwand

Unmittelbare Kosten können sich für die öffentlichen Haushalte (Bund, Länder, Kommunen) dadurch ergeben, dass sich das Gesetz durch verschiedene Maßnahmen auf die Höhe der EEG-Umlage auswirkt, die in der Regel an die öffentlichen Haushalte als Stromverbraucher weitergegeben werden. Die entsprechenden Kosten werden unter F. dargestellt.

E. Erfüllungsaufwand

E.1 Erfüllungsaufwand für Bürgerinnen und Bürger

Für Bürgerinnen und Bürger entsteht aufgrund der Einführung der Solarpflicht ein Erfüllungsaufwand. Die genauen Mehrkosten können nicht quantifiziert werden.

E.2 Erfüllungsaufwand für die Wirtschaft

Es entsteht kein direkter Erfüllungsaufwand für die Wirtschaft. Anhaltspunkte für eine besondere Belastung der KMU liegen demnach ebenso nicht vor.

E.3 Erfüllungsaufwand der Verwaltung

Das Gesetz erhöht den Erfüllungsaufwand der Verwaltung des Bundes um rund nicht merklich. Eine eventuelle Erhöhung des Erfüllungsaufwands der Verwaltung der Länder wurde nicht eruiert. Kommunen sind nicht betroffen.

F. Weitere Kosten

Das Gesetz wirkt sich mit seinen zahlreichen Änderungen auf die Höhe der EEG-Umlage aus, die nach den §§ 60 ff. EEG für Stromverbrauch erhoben wird und dadurch von privaten, gewerblichen und öffentlichen Stromverbrauchern getragen wird. In einer solchen Gesamtschau aller Änderungen, die mit diesem Gesetz umgesetzt werden, ist mit keiner spürbaren Änderung der Kostenbelastung durch die EEG-Umlage und auch mit keiner spürbaren Auswirkung auf das Preisniveau zu rechnen. Zudem wird die EEG-Umlage durch den Zuschuss von Haushaltsmitteln im Jahr 2021 auf 6,5 Cent/kWh und ab dem Jahr 2022 auf 6,0 Cent/kWh gedeckelt. Hierfür werden Kosten in Höhe von bis zu 10.000.000.000 Euro erwartet.

Entwurf eines Gesetzes zur Erreichung der vollständigen Stromerzeugung aus erneuerbaren Energien zum Jahr 2040, zum Ausbau der solaren Strahlungs- sowie der Windenergie (Energiewende-2040-Gesetz – EWG 2040)

Vom ...

Der Bundestag hat das folgende Gesetz beschlossen:

Artikel 1

Änderung des Erneuerbare-Energien-Gesetzes

Das Erneuerbare-Energien-Gesetz in der Fassung der Bekanntmachung vom 21. Juli 2014 (BGBl. I S. 1066), das zuletzt durch Artikel 6 des Gesetzes vom 8. August 2020 (BGBl. I S. 1818, 1853) geändert worden ist, wird wie folgt geändert:

1. Die Inhaltsübersicht wird wie folgt geändert:

a) Die Angabe zu Teil 2 wird wie folgt gefasst:

„Teil 2

Anschluss, Abnahme, Übertragung, Verteilung und Verpflichtung“.

b) Nach der Angabe zu § 18 wird folgende Angabe eingefügt:

„Abschnitt 4

Verpflichtung zum Vorhalten einer Anlage zur Stromerzeugung durch Nutzung solarer Strahlungsenergie“.

c) Nach der Angabe zu Teil 2 Abschnitt 4 werden folgende Angaben eingefügt:

„§ 18a Verpflichtung zum Vorhalten einer Anlage zur Stromerzeugung durch Nutzung solarer Strahlungsenergie

§ 18b Entfallen der Verpflichtung“.

d) Nach der Angabe zu § 21c wird folgende Angabe eingefügt:

„§ 21d Begrenzung der Zinsen für KfW-Kredite bei Pflichtanlagen“.

e) Die Angabe zu § 36c wird wie folgt gefasst:

„§ 36c (entfällt)“.

f) Nach der Angabe zu § 94 wird folgende Angabe eingefügt:

„§ 94a Verordnungsermächtigungen zur Verpflichtung zum Vorhalten einer Pflichtanlage“.

g) Die Angabe zu § 61d wird wie folgt gefasst:

„§ 61d (entfällt)“.

h) Nach der Angabe zu § 61l wird folgende Angabe eingefügt:

„§ 61m Entfallen der EEG-Umlage bei Pflichtanlagen“.

i) Die Angaben zu den §§ 98 und 99 werden wie folgt gefasst:

„§ 98 Kooperationsausschuss

§ 99 Jährliches Monitoring zur Zielerreichung“.

2. § 1 Absatz 2 und 3 werden durch folgende Absätze 2 bis 5 ersetzt:

„(2) Ziel dieses Gesetzes ist es, den Anteil des aus erneuerbaren Energien erzeugten Stroms am Bruttostromverbrauch zu steigern auf

1. mindestens 75 Prozent bis zum Jahr 2030,
2. mindestens 90 Prozent bis zum Jahr 2035 und
3. 100 Prozent bis zum Jahr 2040.

(3) Ziel dieses Gesetzes ist es ferner, dass vor dem Jahr 2050 die gesamte Energieerzeugung und der gesamte Bruttoendenergieverbrauch auf dem Staatsgebiet der Bundesrepublik Deutschland einschließlich der deutschen ausschließlichen Wirtschaftszone (Bundesgebiet) treibhausgasneutral ist.

(4) Der für die Erreichung der Ziele nach den Absätzen 2 und 4 erforderliche Ausbau der erneuerbaren Energien soll stetig, kosteneffizient und netzverträglich erfolgen.

(5) Die Errichtung von Anlagen zur Erzeugung von Strom aus erneuerbaren Energien liegt im öffentlichen Interesse und dient der öffentlichen Sicherheit.“

3. In § 3 wird nach Nummer 3 eine Nummer 3a eingefügt, die wie folgt gefasst wird:

„3a. ‚ausgeförderte Anlagen‘ Anlagen, die vor dem 1. Januar 2021 in Betrieb genommen worden sind und bei denen der ursprüngliche Anspruch auf Zahlung nach der für die Anlage maßgeblichen Fassung des Erneuerbare-Energien-Gesetzes beendet ist; mehrere ausgeförderte Anlagen sind zur Bestimmung der Größe nach den Bestimmungen dieses Gesetzes zu ausgeförderten Anlagen als eine Anlage anzusehen, wenn sie nach der für sie maßgeblichen Fassung des Erneuerbare-Energien-Gesetzes zum Zweck der Ermittlung des Anspruchs auf Zahlung als eine Anlage galten,“.

4. § 4 wird durch die §§ 4 und 4a ersetzt, die wie folgt gefasst werden:

„§ 4 Ausbaupfad

Das Ziel nach § 1 Absatz 2 soll erreicht werden durch

1. eine Steigerung der installierten Leistung von Windenergieanlagen an Land auf
 - a) 63,4 Gigawatt im Jahr 2022,
 - b) 68,5 Gigawatt im Jahr 2024,
 - c) 73,8 Gigawatt im Jahr 2026,
 - d) 79,2 Gigawatt im Jahr 2028,
 - e) 84,7 Gigawatt im Jahr 2030,
 - f) 92,6 Gigawatt im Jahr 2032,
 - g) 100,7 Gigawatt im Jahr 2034,
 - h) 107,8 Gigawatt im Jahr 2036,
 - i) 113,8 Gigawatt im Jahr 2038 und
 - j) 120 Gigawatt im Jahr 2040,

2. eine Steigerung der installierten Leistung von Windenergieanlagen auf See nach Maßgabe des Windenergie-auf-See-Gesetzes,
3. eine Steigerung der installierten Leistung von Solaranlagen auf
 - a) 52,1 Gigawatt im Jahr 2022,
 - b) 56,9 Gigawatt im Jahr 2024,
 - c) 62 Gigawatt im Jahr 2026,
 - d) 67,2 Gigawatt im Jahr 2028,
 - e) 72,6 Gigawatt im Jahr 2030,
 - f) 80,2 Gigawatt im Jahr 2032,
 - g) 88 Gigawatt im Jahr 2034,
 - h) 95,2 Gigawatt im Jahr 2036,
 - i) 101,5 Gigawatt im Jahr 2038 und
 - j) 108 Gigawatt im Jahr 2040 und
4. eine installierte Leistung von Biomasseanlagen von 8 400 Megawatt im Jahr 2030.

§ 4a

Strommengenpfad

Um überprüfen zu können, ob die erneuerbaren Energien in der für die Erreichung des Ziels nach § 1 Absatz 2 erforderlichen Geschwindigkeit ausgebaut werden, werden folgende Zwischenziele für die Stromerzeugung aus erneuerbaren Energien festgelegt:

1. 339 Terrawattstunden im Jahr 2022,
 2. 378 Terrawattstunden im Jahr 2024,
 3. 419 Terrawattstunden im Jahr 2026,
 4. 462 Terrawattstunden im Jahr 2028,
 5. 506 Terrawattstunden im Jahr 2030,
 6. 567 Terrawattstunden im Jahr 2032,
 7. 631 Terrawattstunden im Jahr 2034,
 8. 690 Terrawattstunden im Jahr 2036,
 9. 744 Terrawattstunden im Jahr 2038 und
 10. 800 Terrawattstunden im Jahr 2040.“
5. In § 5 Absatz 1 werden die Wörter „Staatsgebiet der Bundesrepublik Deutschland einschließlich der deutschen ausschließlichen Wirtschaftszone (Bundesgebiet)“ durch das Wort „Bundesgebiet“ ersetzt.
 6. Es werden die §§ 18a und 18b nach § 18 eingefügt und wie folgt gefasst:

„§ 18a

Verpflichtung zum Vorhalten einer Anlage zur Stromerzeugung durch Nutzung solarer Strahlungsenergie

(1) Es wird langfristig angestrebt, dass alle geeigneten Dachflächen im Bundesgebiet soweit technisch möglich und wirtschaftlich vertretbar zur Stromerzeugung durch die Nutzung solarer Strahlungsenergie genutzt oder zur Verfügung gestellt werden.

(2) Die Eigentümer von Gebäuden, deren Baubeginn nach dem 1. Januar 2023 liegt, haben sicherzustellen, dass Anlagen zur Erzeugung von Strom aus solarer Strahlungsenergie auf der Dachfläche errichtet und betrieben werden. Sie können sich zur Nutzung der solaren Strahlungsenergie auf Dachflächen eines Dritten bedienen.

(3) Die Verpflichtung nach Absatz 2 gilt auch bei vollständiger Erneuerung der Dachhaut eines Gebäudes, die nach dem 1. Januar 2024 begonnen wird.

§ 18b

Entfallen der Verpflichtung

Die Verpflichtungen nach § 18a Absätze 2 und 3 entfallen, soweit

1. ihre Erfüllung
 - a) anderen öffentlich-rechtlichen Pflichten widerspricht,
 - b) im Einzelfall technisch unmöglich oder
 - c) wirtschaftlich nicht vertretbar ist,
2. ihre Erfüllung im Einzelfall wegen besonderer Umstände durch einen unangemessenen Aufwand oder in sonstiger Weise zu einer unbilligen Härte führen würde oder
3. auf der Dachfläche solarthermische Anlagen errichtet und betrieben werden.“

7. Nach § 21c wird folgender § 21d eingefügt:

„§ 21d

Begrenzung der Zinsen für KfW-Kredite bei Pflichtanlagen

Innerhalb des Förderkredits für Strom und Wärme „Erneuerbare Energien – Standard“ der KfW-Bank darf für die Förderung der Errichtung von Stromerzeugungsanlagen, die aufgrund des § 18a errichtet werden müssen (Pflichtanlagen), der Zinssatz den Wert 1 Prozent nicht übersteigen.“

8. § 27a wird aufgehoben.

9. § 51 wird wie folgt geändert:

- a) Absatz 1 wird gestrichen.
- b) Absatz 2 wird zu Absatz 1.
- c) Absatz 3 wird zu Absatz 3.
- d) In Absatz zwei werden die Wörter „Die Absätze 1 und 2 sind“ durch die Wörter „Absatz 1 ist“ ersetzt.

10. § 61b wird wie folgt geändert:

- a) Der Wortlaut wird Absatz 1.
- b) Folgender Absatz 2 wird angefügt;

„Unbeschadet von Absatz 1 entfällt der Anspruch nach § 61 Absatz 1 bei Eigenversorgungen aus Anlagen für höchstens 20 Megawattstunden selbst verbrauchten Stroms pro Kalenderjahr, wenn

- 1. die Anlage eine installierte Leistung von höchstens 30 Kilowatt hat,
- 2. in der Anlage in dem Kalenderjahr ausschließlich erneuerbare Energien oder Grubengas eingesetzt worden sind, und
- 3. seit Inbetriebnahme der Anlage nicht mehr als 25 Kalenderjahre zuzüglich des Inbetriebnahmejahres vergangen sind.

§ 24 Absatz 1 Satz 1 ist entsprechend anzuwenden.“

11. § 61d wird aufgehoben.

12. Es wird ein § 61m nach § 61l eingefügt und wie folgt gefasst:

„§ 61m

Entfallen der EEG-Umlage bei Pflichtanlagen

Der Anspruch nach § 61 Absatz 1 verringert sich auf null Prozent der EEG-Umlage für Strom aus Pflichtanlagen.“

13. Es wird ein § 94a nach § 94 eingefügt und wie folgt gefasst:

„§ 94a

Verordnungsermächtigungen zur Verpflichtung zum Vorhalten einer Pflichtanlage

(1) Das Bundesministerium für Klima, Umwelt, Energie und Landwirtschaft wird ermächtigt, durch Rechtsverordnung

- 1. die Anforderungen an die technische Unmöglichkeit nach § 18b Nummer 1 Buchstabe b,
- 2. die Anforderungen an die wirtschaftliche Vertretbarkeit nach § 18b Nummer 1 Buchstabe c,
- 3. Anforderungen an unangemessenen Aufwand und unbillige Härte nach § 18b Nummer 2,
- 4. weitergehende Anforderungen an die Erfüllung der Verpflichtungen nach § 18a Absätze 2 und 3 und § 18b Nr. 3,
- 5. die von den Verpflichtungen nach § 18a Absätze 2 und 3 ausgenommenen Gebäude und
- 6. das Verfahren zum Nachweis der Erfüllung der Verpflichtungen nach § 18a Absätze 2 und 3 zu bestimmen.

(2) Rechtsverordnungen nach Absatz 1 Nummer 4 und 5 bedürfen der Zustimmung des Bundesrates.

(2) Rechtsverordnungen nach Absatz 1 Nummer 4 sind bis 24 Monate vor Inkrafttreten der Verpflichtung nach § 18a Absatz 2 bzw. 48 Monate vor Inkrafttreten der Verpflichtung nach § 18a Absatz 3 zu erlassen.“

14. In § 104 wird nach Absatz 11 ein neuer Absatz 12 eingefügt und wie folgt gefasst:

„(12) § 49 ist bis zum 31. Dezember 2024 nicht anzuwenden.“

15. In § 104 wird nach Absatz 12 ein neuer Absatz 13 eingefügt und wie folgt gefasst:

„(13) Entgegen jeglicher Bestimmungen dieses Gesetzes darf die EEG-Umlage den Wert 6,5 Cent pro kWh im Jahr 2021 und den Wert 6,0 Cent pro kWh ab dem Jahr 2022 nicht übersteigen.“

Artikel 2

Änderung des Baugesetzbuches

Das Baugesetzbuch in der Fassung der Bekanntmachung vom 3. November 2017 (BGBl. I S. 3624), das zuletzt durch Artikel 2 des Gesetzes vom 8. August 2020 (BGBl. I S. 1728) geändert worden ist, wird wie folgt geändert:

1. In § 1 Absatz 6 Nummer 7 werden dem Wort „Umweltschutzes“ die Wörter „Klima- und“ vorangestellt.

2. In § 9 wird nach Absatz 1a ein Absatz 1b eingefügt und wie folgt gefasst:

„(1b) Die Festsetzung der Stellung der baulichen Anlagen nach Abs. 1 Nr. 2 hat im Sinne des § 1 Abs. 6 Nr. 7 Buchstabe f in einer Weise zu erfolgen, dass Anlagen zur Nutzung erneuerbarer Energien, insbesondere

1. Anlagen zur Stromerzeugung durch Nutzung solarer Strahlungsenergie und

2. solarthermische Anlagen

ihr Potenzial optimal ausschöpfen können.“

3. § 249 Absatz 3 wird aufgehoben.

Artikel 3

Änderung des Kohleverstromungsbeendigungsgesetz

Das Kohleverstromungsbeendigungsgesetz in der Fassung der Bekanntmachung vom 8. August 2020 (BGBl. I S. 1818) wird wie folgt geändert:

1. Die Inhaltsübersicht wird wie folgt geändert:

a) Die Angabe zu § 48 wird wie folgt gefasst:

„§ 48 Verbot der Grundabtretung am Tagebau Garzweiler II“.

2. § 2 Absatz 2 wird wie folgt geändert:

a) Die Nummern 1 bis 3 entfallen.

b) Der Doppelpunkt am Ende des Satzes 1 wird durch einen Punkt ersetzt.

c) Folgender Satz 2 wird angefügt.

„Diese Reduzierung erfolgt auf eine Weise, sodass spätestens bis zum Ablauf des Kalenderjahres 2034 0 Gigawatt elektrische Energie aus Stein- und Braunkohle erzeugt werden.“

3. § 4 wird wie folgt geändert:

a) Absatz 1 wird wie folgt gefasst:

„(1) Das Zielniveau nach § 2 Absatz 2 für die Reduzierung und Beendigung der Kohleverstromung ist bis zum 31. Dezember 2024 (Zieldatum 2024) 24 Gigawatt, bis zum 31. Dezember 2029 (Zieldatum 2029) 15 Gigawatt und spätestens bis zum 31. Dezember 2034 (Zieldatum 2034) 0 Gigawatt verbleibende Nettonennleistung Steinkohleanlagen und Braunkohleanlagen am Strommarkt. Dieses Zielniveau sinkt zwischen den Zieldaten 2024 und 2029 sowie Zwischen den Zieldaten 2029 und 2034 jeweils jährlich um die gleich große Menge Nettonennleistung. Die jährlichen Reduktionsschritte erfolgen vorbehaltlich des Jahres 2034 jeweils zwischen dem 1. April und dem 31. August des jeweiligen Jahres.“

b) Absatz 2 Satz 1 und 2 werden wie folgt gefasst:

„Zum Zieldatum 2024 setzt sich das Zielniveau von 24 Gigawatt aus 12 Gigawatt verbleibender Nettonennleistung Steinkohleanlagen und 12 Gigawatt verbleibender Nettonennleistung Braunkohleanlagen am Strommarkt zusammen. Zum Zieldatum 2029 ist das Zielniveau von 15 Gigawatt aufgeteilt auf ein Zielniveau von 7 Gigawatt verbleibender Nettonennleistung Steinkohleanlagen und ein Zielniveau von 8 Gigawatt verbleibender Nettonennleistung Braunkohleanlagen am Strommarkt.“

4. § 5 Absatz 1 wird wie folgt gefasst:

„(1) Das jeweilige Zielniveau für die Reduzierung der Steinkohleverstromung nach § 4 wird wie folgt erreicht:

1. bis zu dem Zieldatum 2023 nur durch die Ausschreibung nach Teil 3,

2. ab dem Zieldatum 2024 bis einschließlich 2027 jährlich durch die Ausschreibungen nach Teil 3 und bei Unterzeichnung der Ausschreibung nach § 20 Absatz 3 durch die gesetzliche Reduzierung der Steinkohle nach Teil 4 und

3. ab dem Zieldatum 2028 bis zu dem Zieldatum 2034 ausschließlich durch die gesetzliche Reduzierung nach Teil 4.“

5. § 6 wird wie folgt geändert:

a) Die Absätze 3 und 4 werden gestrichen.

b) Der bisherige Absatz 5 wird zu Absatz 3 und wird wie folgt gefasst:

„(3) In den Ausschreibungen für die Zieldaten 2022 bis 2025 wird zu dem nach den Absätzen 1 und 2 ermittelten Ausschreibungsvolumen jeweils 1,5 Gigawatt addiert.“

6. § 14 Absatz 2 wird wie folgt gefasst:

„(2) Die Gebotsmenge nach Absatz 1 Nummer 5 muss stets der gesamten Nettonennleistung der Steinkohleanlage entsprechen“.

7. In § 27 Absatz 1 wird die Zahl „2031“ durch die Zahl „2028“ ersetzt.

8. In § 28 Absatz 2 wird die Zahl „2038“ durch die Zahl „2034“ ersetzt.

9. In § 32 Absatz 1 wird die Zahl „2037“ durch die Zahl „2033“ ersetzt.

10. § 44 Absatz 1 wird wie folgt gefasst:

„(1) Für die endgültige und sozialverträgliche Stilllegung von Braunkohleanlagen bis zum Ablauf des 31. Dezember 2027 nach Anlage 2 hat die RWE Power AG Anspruch auf eine Entschädigung in Höhe eines Nominalbetrages von 2,6 Milliarden Euro für die Braunkohleanlagen im Rheinland und die Lausitz Energie Kraftwerk AG einen Anspruch auf Zahlung einer Entschädigung in Höhe eines Nominalbetrages von 1,75 Milliarden Euro für die Braunkohleanlagen in der Lausitz. Zinsen fallen nicht an. Für Braunkohle-Kleinanlagen wird vorbehaltlich § 43 keine Entschädigung gewährt.“

11. In § 47 Absatz 1 werden die Wörter „in den Jahren 2026, 2029 und 2032“ durch die Wörter „in den Jahren 2026 und 2029“ ersetzt.

12. § 48 wird wie folgt gefasst:

„§ 48

Verbot der Grundabtretung am Tagebau Garzweiler II

(1) Es besteht keine energiepolitische und energiewirtschaftliche Notwendigkeit weiterer Erschließungen zum Kohleabbau am Tagebau Garzweiler II.

(2) Angestrebte Grundabtretungen am Tagebau Garzweiler II gemäß Bundesberggesetz sind unzulässig. Sie dienen ausdrücklich nicht dem Wohle der Allgemeinheit und sind nicht für die Sicherung der Versorgung des Marktes mit Rohstoffen nach § 79 Absatz 1 Bundesberggesetz vonnöten.“

13. § 51 Absatz 5 wird wie folgt gefasst:

„(5) Anlagen zur Erzeugung von elektrischer Energie mit einer Nettonennleistung von mehr als 150 Megawatt, deren Hauptenergieträger nicht Braun- oder Steinkohle ist, dürfen ab dem 1. Januar 2025 keine Kohle mehr verfeuern. Anlagen zur Erzeugung von elektrischer Energie mit einer Nettonennleistung bis zu einschließlich 150 Megawatt, deren Hauptenergieträger nicht Braun- oder Steinkohle ist, dürfen ab dem 1. April 2028 keine Kohle mehr verfeuern. Spätestens ab dem 1. Januar 2034 und vorbehaltlich der Überprüfung des Abschlussdatums nach § 56 dürfen Braun- und Steinkohleanlagen nicht mehr zur Erzeugung von elektrischer Energie eingesetzt werden.“

14. § 54 wird wie folgt geändert:

- a) Absatz 1 Satz 1 wird wie folgt geändert:
 - aa) Die Wörter „sowie zum 15. August 2032“ werden gestrichen.
 - ab) Nach den Wörtern „15. August 2026“ wird das Komma gestrichen und das Wort „sowie“ eingefügt.
- b) Absatz 2 Satz 1 wird wie folgt geändert:
 - ba) Die Wörter „und zum 15. August 2029“ werden gestrichen.
 - bb) Nach den Wörtern „15. August 2022“ wird das Komma gestrichen und das Wort „und“ eingefügt.

15. § 56 wird wie folgt gefasst:

„§ 56

Überprüfung des Abschlussdatums

„Die Bundesregierung überprüft im Rahmen der umfassenden Überprüfung zum 15. August 2026 und zum 15. August 2029 nach § 54 auch, ob die Reduzierung und Beendigung der Kohleverstromung nach dem Jahr 2030 jeweils zwei Jahre vorgezogen und damit das Abschlussdatum 31. Dezember 2032 erreicht werden kann. Soweit das Abschlussdatum nach Satz 1 vorgezogen wird, ist das Zielniveau in § 4 entsprechend anzupassen.“

16. § 61 Absatz 1 wird wie folgt geändert:

- a) In Nummer 9 wird das Wort „sowie“ durch ein Komma ersetzt.
- b) In Nummer 10 wird der Punkt am Ende durch das Wort „sowie“ ersetzt.
- c) Folgende Nummer 11 wird angefügt:
 - „11. die Aufgaben der Reduzierung und Beendigung der Braunkohleverstromung nach Teil 5 wahrzunehmen, einschließlich der Aufgaben des auf Grundlage des § 49 geschlossenen öffentlich-rechtlichen Vertrages, soweit die Zuständigkeit für diese Aufgaben nicht explizit anderweitig geregelt ist.“

17. Anlage 2 wird wie folgt gefasst:

„Anlage 2
(zu Teil 5)

Stilllegungszeitpunkte Braunkohleanlagen

Anlagenbetreiber	Blockname	Wahlrecht	BNetzA-Nr. (BNA ...)	MW _{el} (netto)	Datum der Überführung in die Sicherheitsbereitschaft („Überführungszeitpunkt“)	Endgültiges Stilllegungsdatum („Stilllegungszeitpunkt“)
RWE Power	Niederaußem D	–	0705	297	–	31. Dez 20
RWE Power	Niederaußem C	–	0712	295	–	31. Dez 21
RWE Power	Neurath B	–	0697	294	–	31. Dez 21
RWE Power	Weisweiler E oder F	Weisweiler E/F	1025 oder 1026	321	–	31. Dez 21
RWE Power	Neurath A	–	0696	294	–	31. Dez 21
RWE Power	Frechen/Wachtberg (Brikettierung)	–	0292	120	–	31. Dez 22
RWE Power	Neurath D	–	0699	607	–	31. Dez 22
RWE Power	Neurath E	–	0700	604	–	31. Dez 22
RWE Power	Weisweiler F oder E	Weisweiler E/F	1026 oder 1025	321	–	31. Dez 23
LEAG KW	Jänschwalde A	–	0785	465	31. Dez 21	31. Dez 23
LEAG KW	Jänschwalde B	–	0786	465	31. Dez 23	31. Dez 24
RWE Power	Weisweiler G oder H	Weisweiler G/H	1027 oder 1028	663	–	31. Dez 23
LEAG KW	Jänschwalde C	–	0787	465	–	31. Dez 24
LEAG KW	Jänschwalde D	–	0788	465	–	31. Dez 24
RWE Power	Weisweiler H oder G	Weisweiler G/H	1028 oder 1027	656	–	31. Dez 30
LEAG KW	Boxberg N	–	0122	465	–	31. Dez 25
LEAG KW	Boxberg P	–	0123	465	–	31. Dez 25
RWE Power	Niederaußem G oder H	Niederaußem G/H	0708 oder 0707	628	–	31. Dez 30
RWE Power	Niederaußem H oder G	Niederaußem G/H	0707 oder 0708	648	31. Dez 37	31. Dez 31
Saale Energie	Schkopau A	–	0878	450	–	31. Dez 26
Saale Energie	Schkopau B	–	0879	450	–	31. Dez 26
LEAG KW	Lippendorf R	–	0115	875	–	31. Dez 27
EnBW	Lippendorf S	–	0116	875	–	31. Dez 28
RWE Power	Niederaußem K	–	0709	944	–	31. Dez 32

RWE Power	Neurath F	–	1401a	1060	–	31. Dez 31
RWE Power	Neurath G	–	1401b	1060	–	31. Dez 32
LEAG KW	Schwarze Pumpe A	–	0914	750	–	31. Dez 33
LEAG KW	Schwarze Pumpe B	–	0915	750	–	31. Dez 34
LEAG KW	Boxberg R	–	1404	640	–	31. Dez 33
LEAG KW	Boxberg Q	–	0124	857	–	31. Dez. 2032“.

Artikel 4

Inkrafttreten

Dieses Gesetz tritt am Tage nach der Verkündung in Kraft.

Begründung

A. Allgemeiner Teil

II. Zielsetzung und Notwendigkeit der Regelungen

Mit dem Ende letzten Jahres beschlossenen Kohleverstromungsbeendigungsgesetz mit einem Kohleausstieg zum Ende des Jahres 2038 sollte der Kompromiss der sogenannten Kohlekommission umgesetzt werden. Dieses Ausstiegsdatum, vor allem auch die Ausgestaltung des Ausstiegsfahrplans, ist jedoch nachweislich weder mit den zu erreichenden Klimazielen noch mit dem Kohlekompromiss zu vereinbaren.

Strom aus erneuerbaren Energien leistet hierbei hingegen einen wesentlichen Beitrag zu Erreichung der Klimaziele Deutschlands. Auf dem Weg zur Treibhausgasneutralität im Jahr 2050 und zum Kohleausstieg 2034 muss deshalb der Ausbau der erneuerbaren Energien – auch zur Sicherstellung der Versorgungssicherheit – konsequent weiter vorangetrieben werden. In Deutschland ist das Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) seit mehr als 20 Jahren eine zentrale Grundlage für den Ausbau der erneuerbaren Energien im Stromsektor. Bereits heute deckt Strom aus erneuerbaren Energien an vielen Tagen mehr als die Hälfte des gesamten deutschen Stromverbrauchs. Schließlich muss mit steigenden Ausbaumengen auch die Akzeptanz für den weiteren Ausbau der erneuerbaren Energien in Deutschland gestärkt werden, insbesondere für den Ausbau der Windenergie an Land.

Vor dem Hintergrund dieser Herausforderungen sollen das EEG fortgeschrieben, das Baugesetzbuch sowie das Kohleverstromungsbeendigungsgesetz geändert werden. Ziel ist eine bis spätestens 2040 vollständig erfolgte Energiewende im Zusammenhang mit einem bis Ende 2034 vollzogenen Kohleausstieg.

III. Wesentlicher Inhalt des Entwurfs

1. Änderung des Erneuerbare-Energien-Gesetzes

Es gibt drei große Änderungen am EEG. Zum einen wird eine Verpflichtung zum Vorhalten einer Anlage zur Stromerzeugung aus solarer Strahlungsenergie für Neubauten eingeführt. Strom aus diesen Pflichtanlagen wird von der EEG-Umlage befreit. Des Weiteren werden neue Ausbauziele, deren Erreichung durch einen abgeänderten Ausbaupfad sowie einen neu eingeführten Strommengenpfad sichergestellt werden, festgelegt. Schließlich wird durch Deckelung der EEG-Umlage die Kostenentwicklung weiter gedämpft.

Hinzu kommen kleinere Änderungen und Fortschreibungen, welche im besonderen Teil der Begründung ebenso erläutert werden.

2. Änderung des Baugesetzbuches

Durch Änderung des Baugesetzbuches wird festgesetzt, dass bei der Aufstellung von Bauleitplänen die Stellung der baulichen Anlagen so angeordnet wird, dass EE-Anlagen optimal genutzt werden können. Gleichzeitig wird die Länderöffnungsklausel zur Festlegung von Mindestabständen von Windkraftanlagen zu Wohngebäuden aufgehoben.

3. Änderung des Kohleverstromungsbeendigungsgesetz

Der geplante Kohleausstieg soll vorgezogen, schrittweise angepasst und letztendlich bereits im Jahre 2034 vollzogen werden.

IV. Alternativen

Keine. Das Gesetz ist erforderlich, um die Klimaschutzziele zu erreichen, die Energiewende wirkungsvoll fortzuführen sowie die Akzeptanz für diese zu erhöhen, den Kohleausstieg gemäß Kohlekompromiss zu vollziehen und die Systemintegration der erneuerbaren Energien zu verbessern.

V. Befristung; Evaluierung

Die im EEG bereits festgelegten Maßnahmen zur Evaluierung bleiben bestehen. Jedoch soll im Gesetzgebungsverfahren geprüft werden, inwieweit eine Abänderung und Weiterentwicklung der bestehenden Evaluierungsmaßnahmen sinnvoll und notwendig sind. Die Bundesregierung hofft hierbei auch auf intensive Stellungnahmen durch die Länder im Bundesrat.

B. Besonderer Teil

Zu Artikel 1 (Änderung des Erneuerbare-Energien-Gesetzes)

Zu Nummer 1

Bei den Änderungen der **Inhaltsübersicht** handelt es sich sämtlich um redaktionelle Folgeänderungen in Folge der Einfügung, Ersetzung und Aufhebung von Vorschriften.

Zu Nummer 2

In **§ 1 Absatz 2** werden die Ziele für den Anteil des aus erneuerbaren Energien erzeugten Stroms am Bruttostromverbrauch deutlich erhöht, gleichzeitig wird ein neues Langfristziel formuliert. 2030 sollen 75 Prozent, 2035 90 Prozent und 2040 100 Prozent des Bruttostromverbrauchs durch erneuerbare Energien abgedeckt werden. Bisher statuiert § 1 Absatz 2 Satz 1 Nummer 2, dass 2050 mindestens 80 Prozent des deutschen Stromverbrauchs durch erneuerbare Energien gedeckt werden sollen. Dieses Ziel wird vor dem Hintergrund der verschärften Klimaschutzbeschlüsse der Europäischen Union weiterentwickelt. Bereits dem im Jahr 2040 soll der gesamte Strom in Deutschland treibhausgasneutral sein. Der Strombereich soll damit früher dekarbonisiert werden als andere Sektoren, bei denen die Dekarbonisierung teilweise mit mehr Herausforderungen verbunden ist.

Zu Nummer 3

§ 1 Absatz 3 definiert erstmals ein Langfristziel für den gesamten Energie-, nicht nur den Strombereich. Diese neue Zielbestimmung stellt auch inhaltlich für den Energie- und Strombereich eine wesentliche Weiterentwicklung der Klimaschutzziele dar. Zum einen soll die gesamte Energieerzeugung in Deutschland treibhausgasneutral sein. Um zu verhindern, dass über Energie- und Stromimporte Treibhausgasemissionen verursacht werden, soll auch die übrige in Deutschland verbrauchte Energie treibhausgasneutral erzeugt worden sein. Die Bundesregierung wird sich dafür einsetzen, dass entsprechende Regelungen im europäischen Kontext beschlossen werden.

In diese Zielbestimmung wird zugleich die bisher in § 5 Absatz 1 enthaltene Definition des räumlichen Anwendungsbereichs des EEG integriert.

§ 1 Absatz 4 entspricht dem bisherigen § 1 Absatz 2 Satz 2 und wird nur aus redaktionellen Gründen in einen neuen Absatz überführt.

§ 1 Absatz 5 schreibt das öffentliche Interesse an der Stromerzeugung aus erneuerbaren Energien fest: Anlagen zur Erzeugung von Strom aus erneuerbaren Energien werden in der Regel von Unternehmen oder Privatpersonen mit einer Gewinnerzielungsabsicht errichtet und dienen insofern ihrem wirtschaftlichen Interesse. Da die Anlagen gleichzeitig zur Erreichung der energiepolitischen Ziele dieses Gesetzes sowie der Zielsetzung der Bundesregierung zum Klimaschutz und den Zielsetzungen der Europäischen Union im Energie- und Klimabereich beitragen, liegt ihre Errichtung aber gleichzeitig in einem übergeordneten öffentlichen Interesse. Der Europäische Gerichtshof (EuGH) hat dementsprechend festgestellt, dass „die Förderung erneuerbarer Energiequellen, die für die Union von hoher Priorität ist, u. a. im Hinblick darauf gerechtfertigt [ist], dass die Nutzung dieser Energiequellen zum Umweltschutz und zur nachhaltigen Entwicklung beiträgt und zur Sicherheit und Diversifizierung der Energieversorgung beitragen und die Erreichung der Zielvorgaben des Kyoto-Protokolls zum Rahmenübereinkommen der Vereinten Nationen über Klimaänderungen beschleunigen kann“. Staatliche Behörden müssen dieses hohe öffentliche Interesse bei der Abwägung mit anderen Rechtsgütern berücksichtigen. Dies betrifft jede einzelne Anlage, insbesondere bei Windenergieanlagen an Land, weil hier die Ausbauziele derzeit wegen knapper Flächen nicht erreicht werden.

Darüber hinaus dient der Ausbau der erneuerbaren Energien auch der öffentlichen Sicherheit. Bereits heute macht Strom aus erneuerbaren Energien rund 42 Prozent des deutschen Stromverbrauchs aus. Bis 2030 soll dieser Anteil auf 75 Prozent ansteigen, wie der neue § 1 Absatz 2 vorschreibt. Damit machen die erneuerbaren Energien einen relevanten Teil der Stromerzeugung aus. Gleichzeitig werden konventionelle Anlagen durch den Kohle- und Kernenergieausstieg in einem erheblichen Umfang stillgelegt. Ohne den Zubau von Erneuerbare-Energien-Anlagen kann die Versorgung mit Strom nicht dauerhaft gesichert werden.

Der EuGH hat im Zusammenhang mit der Warenverkehrsfreiheit festgestellt, dass Energieerzeugnisse (in dem damaligen Fall Erdölzeugnisse) wegen ihrer außerordentlichen Bedeutung als Energiequelle in der modernen Wirtschaft wesentlich sind für die Existenz eines Staates, da nicht nur das Funktionieren seiner Wirtschaft, sondern vor allem auch das seiner Einrichtungen und seiner wichtigen öffentlichen Dienste und selbst das Überleben seiner Bevölkerung von ihnen abhängen. Eine Versorgungsunterbrechung und die sich daraus für die Existenz eines Staates ergebenden Gefahren können somit seine öffentliche Sicherheit schwer beeinträchtigen. Diese Erwägungen sind auf die Stromversorgung insgesamt übertragbar. Strom ist für das Funktionieren der öffentlichen Verwaltung, des Gesundheitssystems und Versorgung der Bevölkerung sowie für jegliche moderne Kommunikation zwingend erforderlich.

Auch die Europäische Kommission hat festgestellt, dass Windparks im Interesse der Volksgesundheit oder öffentlichen Sicherheit stehen und deshalb Ausnahmen vom Artenschutz möglich sind.

Die Änderungen werden mit der Streichung des bisherigen § 1 Absatz 3 verbunden. Die Zielbestimmung für den Anteil erneuerbarer Energien am Bruttoendenergieverbrauch in 2020 ist zeitlich überholt und kann daher entfallen. Das neue Langfristziel für den Energieverbrauch wird mit dem neuen § 1 Absatz 3 eingeführt.

Zu Nummer 3

Mit **§ 3 Nummer 3a** wird die neue Begriffsbestimmung „ausgeförderte Anlagen“ eingeführt. Hierbei handelt es sich um Erneuerbare-Energien-Anlagen, die unter einer früheren Fassung des EEG in Betrieb genommen worden und bei denen der Förderzeitraum abgelaufen ist. Zum Inkrafttreten dieses Gesetzes betrifft dies die ersten Erneuerbare-Energien-Anlagen, die im Jahr 2000 unter dem zum 1. April 2000 in Kraft getretenen EEG 2000 in Betrieb genommen worden sind und deren 20jähriger Vergütungszeitraum am 31. Dezember 2020 abläuft. Mit Beendigung des Förderzeitraums sind diese Anlagen ausgefördert und können, sofern sie nicht z.B. durch neue, leistungsstärkere Anlagen ersetzt

werden, am Markt weiterbetrieben werden. Hierfür steht ihnen die sonstige, nicht geförderte Direktvermarktung zur Verfügung. Allerdings gelten für ausgeförderte Anlagen befristete Sonderregelungen. Ausgeförderte Anlagen verlieren auch nach dem Ende ihrer Vergütungsdauer nach dem EEG ihren Einspeisevorrang nach § 11 EEG nicht. Dies gilt insbesondere auch für die sogenannte Altholz-Anlagen.

Zu Nummer 4

Die neugefassten **§§ 4 und 4a** dienen der Definition der Zwischenziele bei dem Ausbau der Erneuerbaren Energien im Zwei-Jahres-Rhythmus.

So sieht der **§ 4** vor allem den signifikanten Ausbau der Wind- und Solarenergien vor. Die Berechnungen erfolgten dabei ausgehend von den aktuellen Werten und den Prognosen für das Jahr 2040. Während derzeit insgesamt Kraftwerkskapazitäten von 221 GW zur Verfügung stehen (fossil und erneuerbar), so werden die benötigten Kraftwerkskapazitäten bis zum Jahr 2040 auf ca. 310 GW steigen. Derzeit werden von den 221 GW ca. 121 GW von erneuerbaren Energieträgern gedeckt, dabei rund 39 % durch Solar- und 48 % durch Windenergie. Bis zum Jahr 2040 strebt die Bundesregierung folgende Verteilung an: 40 % sollen auf die Solarenergie und 45 % auf die Windenergie (Windparks auf dem Festland) entfallen – dies erscheint, auch durch die starke Förderung der Solarenergie, die dieser Gesetzentwurf vorsieht, absolut realistisch. Die restlichen 15 % sollen durch andere erneuerbare Energieträger gedeckt werden, etwa Biomasse, Off-Shore-Windparks etc. Ausgehend von den aktuellen Zahlen und den prognostizierten und gewünschten Zahlen, vor allem auch unter Berücksichtigung der gemäß § 1 Absatz 2 zu erreichenden Werte wurde ein Modell bis zum Jahre 2040 errechnet. Hieraus ergeben sich die zu erreichenden Ausbauwerte aus § 4.

Der neu geschaffene **§ 4a** hingegen dient der Überprüfung der Ziele, welche die Bundesregierung in § 1 Absatz 2 vorgibt. Auch hier wurde ein Modell mit den aktuellen und den für das Jahr 2040 prognostizierten Werte für den gesamtstaatlichen Stromverbrauch erstellt. Aktuell werden in der Bundesrepublik Deutschland ca. 580 TWh pro Jahr verbraucht. Lediglich 319 TWh stammen hieraus aus erneuerbaren Energien. Für das Jahr 2040 wird für Deutschland ein Stromverbrauch von rund 800 TWh prognostiziert. Hieraus und wiederum unter Berücksichtigung der Vorgaben aus § 1 Absatz 2 wurden die Werte des § 4a errechnet.

Zu Nummer 5

Die bisher in **§ 5 Absatz 1** enthaltene Definition des räumlichen Anwendungsbereichs wird gestrichen, da diese nun bereits in § 1 Absatz 3 aufgeführt wird.

Zu Nummer 6

§ 18a Absatz 1 enthält das langfristige Ziel, im gesamten Bundesgebiet alle geeigneten Dachflächen soweit technisch möglich für die Nutzung solarer Strahlungsenergie zu verwenden oder Dritten hierfür zur Verfügung zu stellen.

§ 18a Absatz 2 beinhaltet eine Verpflichtung der Eigentümer von Gebäuden, deren Baubeginn nach dem 1. Januar 2023 erfolgt, Anlagen zur Erzeugung von Strom aus solarer Strahlungsenergie auf Dachflächen zu errichten und zu betreiben. Die Verpflichtung können die Eigentümer selbst erfüllen oder dadurch erfüllen, dass sie einer oder einem Dritten die Dachfläche zur Errichtung und zum Betrieb der Anlagen zur Verfügung stellen.

§ 18a Absatz 3 erstreckt die Pflicht nach § 18a Absatz 2 auf auch Eigentümer von Gebäuden, die nach dem 1. Januar 2024 damit beginnen, die Dachhaut ihrer Gebäude vollständig zu erneuern. Sie gilt nur,

wenn die gesamte Dachhaut vollständig – etwa aufgrund von energetischen Sanierungen oder Schäden am Dach – ausgetauscht wird.

§ 18b Nummer 1 beinhaltet Ausnahmen für die Pflichten nach den § 18a Absätze 2 und 3, soweit deren Erfüllung anderen öffentlich-rechtlichen Pflichten (z.B. Denkmalschutz, Baumschutz) widerspricht, die Installation und der Betrieb im Einzelfall technisch unmöglich oder wirtschaftlich nicht vertretbar ist. §

§ 18b Nummer 2 enthält eine einzelfallbezogene Härtefallregelung.

Zudem wird in **§ 18b Nummer 3** der Vorrang des Betriebs von solarthermischen Anlagen in Bezug auf die Verpflichtungen aus § 18a Absätze 2 und 3 geregelt. Maßnahmen der Dachbegrünung sind im Übrigen grundsätzlich kein Hindernis für die Erfüllung der Verpflichtungen nach § 18a Absätze 2 und 3.

Zu Nummer 7

Durch das Einfügen des neuen § 21d wird der Zinssatz, den die KfW-Bank bei Krediten zur Förderung der Errichtung von Pflichtanlagen anlegen darf, auf 1 Prozent begrenzt. Hierdurch wird sichergestellt, dass Bauherren, die unter die neue Solar-Pflicht fallen, selbst Profit damit machen können und diese nicht zur finanziellen Belastung wird. Gleichzeitig werden Pflichtanlagen als Anlagen zur Stromerzeugung, die aufgrund des § 18a errichtet werden müssen, definiert.

Zu Nummer 8

Die wenig praxistaugliche Vorschrift des **§ 27a**, wonach die Förderung durch die Marktprämie entfällt, wenn Strom aus der Anlage teilweise zur Eigenversorgung genutzt wird, wird ersatzlos gestrichen.

Zu Nummer 9

§ 51 Abs. 1 bestimmt, dass die Förderung insbesondere größerer EEG-geförderter Anlagen zur Erzeugung von Strom aus Erneuerbaren Energien im Marktprämienmodell ausgesetzt wird, wenn der Börsenstrompreis im Day-Ahead-Handel der Strombörse im Verlauf von sechs Stunden oder mehr negativ ist (negative Strompreise). Tritt dieser Fall ein, erhalten die Anlagen rückwirkend ab der ersten Stunde mit negativen Strompreisen keine Marktprämie mehr. Das Aussetzen der Förderung in Stunden mit negativen Preisen erschwert die Planbarkeit bzw. Finanzierbarkeit von Erneuerbare-Energien-Anlagen. Die Anlagenbetreiber tragen zudem mit der 6-Stunden-Regel ein höheres Preisrisiko. Die Tendenz der Zeiträume mit negativen Preisen ist steigend. Daher wird diese „6-Stunden-Regel“ gestrichen.

Zu Nummer 10

Mit dem neuen **§ 61b Absatz 2** wird das Umlageprivileg für Erneuerbare-Energien-Anlagen ausgeweitet, um einen weiteren Zubau von Erneuerbare-Energien-Anlagen anzureizen. Für Anlagen mit einer installierten Leistung von höchstens 30 Kilowatt, in denen in einem Kalenderjahr ausschließlich erneuerbare Energien oder Grubengas eingesetzt worden ist, entfällt der Anspruch nach § 61 Absatz 1 EEG bei Eigenversorgung für höchstens 20 MWh selbst verbrauchten Stroms pro Kalenderjahr, wenn seit Inbetriebnahme der Anlage nicht mehr als 25 Kalenderjahre zuzüglich des Inbetriebnahmejahres vergangen sind. Für darüberhinausgehende Strommengen selbst verbrauchten Stroms in einem Kalenderjahr verbleibt es bei der teilweisen Umlagebefreiung nach § 61b Absatz 1.

Zu Nummer 11

§ 61d wird aus Gründen der Rechtsbereinigung wegen Zeitablaufs aufgehoben. Der zeitliche Anwendungsbereich dieser Regelung war von vorneherein auf das Ende des Kalenderjahres 2019 begrenzt.

Zu Nummer 12

Durch das Einfügen des **§ 61m** wird Strom aus Pflichtanlagen von der EEG-Umlage befreit.

Zu Nummer 13

Der neu geschaffene **§ 94a Absatz 1** ermächtigt das Bundesministerium für Klima, Umwelt, Energie und Landwirtschaft durch Rechtsverordnung Regelungen hinsichtlich der Anforderungen an die technische Machbarkeit, der Wirtschaftlichkeit nach, der Anforderungen an unangemessenen Aufwand und unbillige Härte, weitergehender Anforderungen an die Erfüllung der Verpflichtungen nach § 18a Absätze 2 und 3 und § 18b Nummer 3 (4.), der von den Verpflichtungen ausgenommenen Gebäuden sowie des Verfahrens zum Nachweis der Erfüllung der bezüglich der neu eingeführten Solar-Pflicht zu treffen.

§ 94a Absatz 2 besagt, dass die Regelungen auf den Nummern 4 und 5 des Absatzes 1 mit Zustimmung des Bundesrates zu erlassen sind.

In **§ 94a Absatz 3** wird geregelt, dass Rechtsverordnungen nach Absatz 1 Nummer 4 bis 24 Monate vor Inkrafttreten der Verpflichtung nach §18a Absatz 2 bzw. 48 Monate vor Inkrafttreten der Verpflichtung nach § 18a Absatz 3 zu erlassen sind.

Zu Nummer 14

Der in § 49 verankerte „atmende Deckel“ für PV-Anlagen führt zu einer starken Degression der Einspeisevergütung. Es ist absehbar, dass in der Folge auch bei ertragsstarken Dachanlagen die Einspeisevergütung unter die Stromgestehungskosten fallen wird, sodass ein wirtschaftlicher Betrieb solcher PV-Anlagen bald nicht mehr möglich ist. Die Beibehaltung des „atmenden Deckels“ wird in den nächsten Jahren ein schleichendes Vergütungsende zur Folge haben, das den weiteren PV-Zubau stark gefährden wird, da andere Geschäftsmodelle durch die regulatorischen Vorgaben systematisch verhindert werden. Vor dem Hintergrund der Pariser Klimaschutzziele und dem EE-Ausbauziel dieses Gesetzes, ist die vor Jahren eingeführte zubau-abhängige Degression der Einspeisevergütung nicht mehr zeitgemäß. Die Degression der Einspeisevergütung wird daher durch das Einfügen eines **§ 104 Absatz 12** für einen Zeitraum von 4 Jahren ausgesetzt.

Zu Nummer 15

Durch einen neuen **§ 104 Absatz 13** wird die EEG-Umlage im Jahr 2020 auf 6,5 Cent/kWh und ab dem Jahr 2021 auf 6,0 Cent/kWh gedeckelt. Ohne solch eine Regelung würde die EEG-Umlage in diesem Jahr auf bis zu 9,65 Cent ansteigen. Das liegt an der Arithmetik der Umlage, die die Differenz zwischen dem an der Börse ermittelten Strompreis und den garantierten Zahlungen an Ökostromproduzenten ausgleicht. Je größer die Lücke, desto höher die Umlage. Und die Börsenstrompreise sind infolge der Coronakrise stark gesunken.

Zu Artikel 2 (Änderung des Baugesetzbuches)

Zu Nummer 1

Durch das Mitaufnehmen des Klimaschutzes in die insbesondere zu berücksichtigenden Belange bei der Aufstellung der Bauleitpläne in **§ 1 Absatz 6 Nummer 7** wird die Bedeutung des Klimaschutzes auch im Bereich des Bauens, vor allem auch in Bezug auf die erneuerbaren Energien (§ 1 Absatz 6 Nummer 7 Buchstabe f), verdeutlicht.

Zu Nummer 2

Durch das Einfügen eines **§ 9 Absatz 1b** wird die Festsetzung der Stellung von Gebäuden (also auch die Stellung des Dachfirstes) in Bauleitplänen in einer Weise, sodass solare Strahlungsenergie durch Anlagen zur Stromerzeugung oder durch solarthermische Anlagen optimal genutzt werden kann, zur Pflicht. Hierdurch wird eine weitergehende praktische Umsetzung des schon in § 1 Absatz 6 Nummer 7 Buchstabe f ausdrücklich angegebenen Ziels der Bauleitplanung, der Nutzung erneuerbarer Energien, vorangetrieben und sichergestellt.

Zu Nummer 3

Durch das Aufheben des **§ 249 Absatz 3** wird die sogenannte „Länderöffnungsklausel“, nach welcher die Länder durch eigene Gesetze (i. Allg. Landesbauordnungen) die bauplanungsrechtliche Privilegierung für Windenergie im Außenbereich einschränken und Abstände zwischen Windenergieanlagen und der (Wohn-)Bebauung festlegen können. Vor allem Bayern macht von dieser Gebrauch, wo Windenergieanlagen einen Abstand vom Zehnfachen ihrer Höhe zu vorhandener Bebauung einhalten müssen (sog. 10H-Regelung). In der Praxis sorgt das für eine Hemmung des weiteren Ausbaus der Wind- und damit der erneuerbaren Energien. Gleichzeitig belegen jedoch Studien, dass ein bedeutsamer Zusammenhang mit dem Abstand sich weder für die Akzeptanz noch für die Stresswirkung von Windenergieanlagen nachweisen lässt.

Zu Artikel 3 (Änderung des Kohleverstromungsbeendigungsgesetz)

Zu Nummer 1

Bei den Änderungen der **Inhaltsübersicht** handelt es sich sämtlich um redaktionelle Folgeänderungen in Folge der Einfügung, Ersetzung und Aufhebung von Vorschriften.

Zu Nummer 2

In **§ 2 Absatz 2** wird das neue Ausstiegsdatum 2034 festgelegt.

Zu Nummer 3

Zu Buchstabe a

Durch die Neufassung des **§ 4 Absatz 1** werden neue Zielniveaus für die Reduzierung der Kohleverstromung hinsichtlich des neuen Ausstiegsdatums 2034 formuliert.

Zu Buchstabe b

Mit der Neufassung von **§ 4 Absatz 2 Satz 1 und 2** wird die neue Aufteilung der Zielniveaus als Folgeänderung zur Änderung des § 4 Absatz 1 in Nummer 3 Buchstabe a (neue Zielniveaus) festgelegt.

Zu Nummer 4

Die Neufassung des **§ 5 Absatz 1** erfolgt als Folgeänderung zur Änderung des § 4 Absatz 1 in Nummer 3 Buchstabe a (neue Zielniveaus).

Zu Nummer 5

Zu Buchstabe a

Durch das Aufheben der **Absätze 3 und 4 des § 6** werden die Abweichungen von Absatz 1 und 2 bezüglich des Ausschreibungsvolumen entfernt.

Zu Buchstabe b

Aus redaktionellen Gründen wird der bisherige Absatz 5 zu Absatz 3. Der neue **§ 6 Absatz 3** enthält die Regelung, dass in den Jahren 2022 bis 2025 zu den durch Rechnung ermittelten Ausschreibungsvolumen jeweils 1,5 Gigawatt addiert werden. Hierdurch soll in diesen Jahren Vorarbeit geleistet werden, um die gesetzliche Reduzierung ab 2028 nicht voll ausschöpfen zu müssen – sondern dass schon mehr als nötig bzw. vorgesehen abgeschaltet wurde.

Zu Nummer 6

Es handelt sich bei der Änderung des **§ 14 Absatz 2** um eine redaktionelle Klarstellung. Die Gebotsmenge darf die Nettonennleistung der Steinkohleanlage weder unter- noch überschreiten.

Zu Nummer 7

Die Änderung in **§ 27 Absatz 1** erfolgt als Folgeänderung zur Änderung des § 4 Absatz 1 in Nummer 3 Buchstabe a (neue Zielniveaus).

Zu Nummer 8

Die Änderung in **§ 28 Absatz 2** erfolgt als Folgeänderung zur Änderung des § 4 Absatz 1 in Nummer 3 Buchstabe a (neue Zielniveaus).

Zu Nummer 9

Die Änderung in **§ 32 Absatz 1** erfolgt als Folgeänderung zur Änderung des § 4 Absatz 1 in Nummer 3 Buchstabe a (neue Zielniveaus).

Zu Nummer 10

Die Neufassung des **§ 44 Absatz 1** erfolgt als Folgeänderung zur Neufassung der Anlage 1.

Zu Nummer 11

Die Änderung in **§ 47 Absatz 1** erfolgt als Folgeänderung zur Änderung des § 4 Absatz 1 in Nummer 3 Buchstabe a (neue Zielniveaus).

Zu Nummer 12

Die bisherige Feststellung in § 48, dass der Tagebau Garzweiler II energiepolitisch und -wirtschaftlich notwendig und zur Gewährleistung einer sicheren und zuverlässigen Energieversorgung vonnöten ist, wird gestrichen.

Im Gegensatz dazu enthält der neue **§ 38 Absatz 1** die Feststellung, dass keine energiepolitische und -wirtschaftliche Notwendigkeit weiterer Erschließungen zum Kohleabbau am Tagebau Garzweiler II besteht.

Der neue **§ 48 Absatz 2** sieht ein Verbot der Grundabtretung am Tagebau Garzweiler II gemäß Bundesberggesetz vor – in Verbindung mit der ausdrücklichen Feststellung, dass dort angestrebte Grundabtretungen nicht dem Wohle der Allgemeinheit dienen und nicht für die Sicherung der Versorgung des Marktes mit Rohstoffen nach § 79 Absatz 1 Bundesberggesetz vonnöten sind.

Dies geschieht aufgrund des am 15. Dezember 2020 veröffentlichten Gutachtens, das im Auftrag des damaligen Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie Veränderungen der Folgekosten des Braunkohleabbaus bei unterschiedlichen Ausstiegsszenarien analysieren sollte. Die Gutachter kommen zu dem Schluss, dass viele bereits erfolgte und noch zu erfolgende Umsiedlungen von Dörfern unnötig seien. Die Bundesregierung daher insbesondere auch aufgrund der Antwort des Bundesministeriums für Wirtschaft, Verkehr, Infrastruktur und Innovation auf die Kleine Anfrage der Fraktion von VORWÄRTS! („Kohle-Gutachten bestätigt unnötige Zerstörung unserer Wälder und Dörfer“) auf Bundestags-Drucksache IV/033 den Stopp weiterer, unnützer Umsiedlungen erzielen.

Zu Nummer 13

Die Änderung in **§ 51 Absatz 5** erfolgt als Folgeänderung zur Änderung des § 4 Absatz 1 in Nummer 3 Buchstabe a (neue Zielniveaus).

Zu Nummer 14

Sämtliche Änderungen an **§ 54** erfolgen als Folgeänderung zur Änderung des § 4 Absatz 1 in Nummer 3 Buchstabe a (neue Zielniveaus).

Zu Nummer 15

Die Neufassung des **§ 56** erfolgt als Folgeänderung zur Änderung des § 4 Absatz 1 in Nummer 3 Buchstabe a (neue Zielniveaus).

Zu Nummer 16

Zu Buchstabe a

Folgeänderung zur Änderung von **§ 61 Absatz 1 Nummer 9** in Nummer 16 Buchstabe a.

Zu Buchstabe b

Folgeänderung zur Änderung von **§ 61 Absatz 1 Nummer 10** in Nummer 16 Buchstabe b.

Zu Buchstabe c

Durch das Anfügen der **Nummer 11 an § 61 Absatz 1** werden die Zuständigkeiten der Bundesnetzagentur um die Verwaltungsaufgaben im Rahmen der Reduzierung und Beendigung der Braunkohleverstromung nach Teil 5 des KVBG, soweit die Zuständigkeit für diese Aufgaben nicht explizit anderweitig geregelt ist, erweitert.

Zu Nummer 17

Die Neufassung der **Anlage 2** erfolgt als Folgeänderung zur Änderung des § 4 Absatz 1 in Nummer 3 Buchstabe a (neue Zielniveaus).

Zu Artikel 4 (Inkrafttreten)

Artikel 4 regelt das Inkrafttreten des Gesetzes.